

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 180

Donnerstag, den 5. August 1926

21. Jahrgang

### Magdeburg eine verfahrenere Geschichte.

Magdeburg, 3. Aug. Die staatlichen Behörden hüllen sich in Schweigen. Das Gericht schweigt ebenfalls. Die Ueberraschungen hören deswegen nicht auf, im Gegenteil, jede Stunde bringt neues, erstaunliches Material. Unscheinend liegen die Dinge jetzt so, daß neben der Untersuchung durch den Untersuchungsrichter die Oberstaatsanwaltschaft selbständig ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, zu dessen Durchführung sie sich der vom Untersuchungsrichter nicht beschäftigten Berliner Kommissare bedient.

Man nimmt an, daß das Ermittlungsverfahren der Oberstaatsanwaltschaft auf ein Eingreifen des preussischen Justizministers zurückzuführen ist. Denn noch vor wenigen Stunden lag ein Befehl der Staatsanwaltschaft vor, daß ihr durch ein Veto des Untersuchungsrichters eine Anweisung der Kriminalbeamten unterbunden sei. Das plötzlich gegenteilige Verhalten der Staatsanwaltschaft läßt sich nur mit einem Eingreifen des Justizministeriums erklären. Dazu lag auch eine rechtliche Möglichkeit vor. Eine Voruntersuchung gegen Schröder wegen Mordverdachts schwebte noch nicht. Schröder saß nur wegen Scheckbetrugs, Urkundenfälschung und Unterschlagung. Auf eine entsprechende Anzeige an die Staatsanwaltschaft, die inzwischen ergangen ist, war nunmehr der Oberstaatsanwalt in der Lage und sogar gezwungen, die Ermittlungen gegen Schröder von sich aus auf neuer Basis vorzunehmen. So gibt es nunmehr zwei Verfahren, die Voruntersuchung des Gerichts gegen Haas und das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen Mordverdachts gegen Schröder.

#### Die Braut Schröders verhaftet.

Köln, 3. Aug. In der Magdeburger Mordsache ist die nach Köln führende Spur durch Berliner Kriminalkommissare erneut aufgenommen worden. Heute morgen trafen von Magdeburg kommende, Kriminaloberinspektor Dr. Niemann und Kriminalkommissar Braschwitz in Köln ein, um die Braut Schröders, Hilde Ebbe, festzunehmen. Es handelt sich um eine Hausangestellte, die mit Schröder bis zu dessen Verhaftung in Beziehungen gestanden hat. Sie wird beschuldigt, von der Ermordung des Helling Kenntnis gehabt zu haben. Die Ueberführung der Verhafteten nach Magdeburg wird noch heute erfolgen.

Es ist zu erwarten, daß die Geliebte Schröders, die schon einmal verhaftet werden sollte, jetzt angesichts des ihren Freund schwer belastenden Materials Auslagen machen wird, die die ganze Mordaffäre klar legen. Hildegard Ebbe muß nicht nur um das Verbrechen, sondern auch um das sonstige Tun und Treiben Schröders gewußt haben, und sie muß, so wird mit Bestimmtheit angenommen, von Schröders Verhalten Helling gegenüber unterrichtet gewesen sein, ja es ist nicht

ausgeschlossen, daß sie sogar als Mittäterin oder Helferin an dem Mord in Frage kommt. Ihre jetzt durch die Berliner Beamten erfolgte Verhaftung ist schon viel zu lange hinausgeschoben worden und hätte vom Untersuchungsrichter schon vor Wochen veranlaßt werden müssen.

#### Die Berliner Kriminalisten halten Schröder für den Mörder.

Magdeburg, 3. Aug. Von den Berliner Kommissaren Busdorf, Dr. Niemann und Braschwitz sind in der Mordsache Helling weitere Ermittlungen im Auftrage der Landes kriminalpolizeidirektion angestellt worden, auf Grund deren die Berliner Kriminalpolizei einen gemeinen Raubmord, begangen von Schröder, als erwiesen ansieht. Ein Telegramm des vereidigten Schießsachverständigen Dr. Mehger, Stuttgart erklärt, daß die Kugeln im Kopfe Hellings ohne jeden Zweifel aus dem Revolver Schröders stammen. Man sieht es bei der Berliner Kriminalpolizei als sicher an, daß Schröder den Helling in sein Haus lockte und dort ermordete, um ihm die 500 Mark Ration zu rauben, die Helling auf Grund eines Inserates Schröders mitgenommen hatte.

#### Landgerichtsrat Kölling hält Direktor Haas für den Anstifter.

Untersuchungsrichter Kölling erklärt, daß sich das Netz seiner Untersuchungen immer enger um Direktor Haas zusammenziehe. Er sei im Besitz so schweren, zum Teil neuen belastenden Materials, daß an eine Haftentlassung entgegen der Ansicht Berlins gar nicht zu denken sei. Nach seiner Ansicht komme nur Mord auf Anstiftung in Frage. Er werde auf jeden Fall seine Untersuchung trotz des Ergebnisses der Berliner Ermittlungen fortführen.

#### Landgerichtsrat Kölling geht auf Urlaub.

Er stellt nur noch das Material für die demnächst zusammentretende Beschwerdekammer zusammen. Um dem Richter jedoch nicht Unrecht zu tun — es ist der planmäßige Urlaub, auf den er Anspruch hatte.

#### Neuer Protest.

Magdeburg, 3. Aug. Landgerichtsrat Reschke hat in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Magdeburg des preussischen Richtervereins an den Reichstag und an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der er unter Hinweis auf Artikel 15, 102 ff. der Reichsverfassung den Reichstag ersucht, zur Wahrung der Unabhängigkeit der Richter einzugreifen, weil einem Richter in Magdeburg bei der Führung einer Voruntersuchung von Verwaltungsbehörden außerordentliche Schwierigkeiten bereitet würden. Dadurch entstehe die Gefahr, daß die Klärung der Angelegenheit unmöglich gemacht wird.

#### Dr. Külz auf Urlaub.

Reichsminister des Innern Dr. Külz hat zu kurzem Erholungsurlaub Berlin verlassen. Der Minister wird am 9. August wieder in Berlin eintreffen; am 10. hält er bei der Verfassungsfier der Wahlkreisverbandes der Deutschen Demokratischen Partei Berlin im Herrenhaus die Festrede; auch am Verfassungstage wird Dr. Külz im Reichstag sprechen. Außer ihm wird auch Reichskanzler Dr. Marx zu einer kurzen Ansprache das Wort ergreifen.

#### Der 11. August im Reichstag.

Die Form, in der die Reichsregierung ihre Verfassungsfier halten wird, steht nunmehr fest. Die Feier am 11. August, die pünktlich um 12 Uhr im Reichstag beginnt, wird eingeleitet durch den Chorgesang des Staats- und Domchors unter Leitung von Prof. Hädel: „An die deutsche Nation“, Volkslied um 1540. Daran schließt sich die Rede des Reichsinnenministers Külz. Dann folgt wieder ein Chorgesang, „Bundeslied“ von Mozart. Die Feier klingt aus in eine Ansprache des Reichskanzlers Marx, der das Hoch auf die deutsche Republik ausbringt. Der gemeinschaftliche Gesang der ersten und dritten Strophe des Deutschlandliedes wird den Festakt beschließen. Der Reichspräsident begibt sich darauf vor die Treppe des Reichstagsgebäudes, wo er die Parade der Ehrenkompanie abnimmt. Während der Feier im Reichstag konzertiert eine Reichswehrkapelle auf dem Platz der Republik.

### Belgiens Sanierungsmaßnahmen.

Zwischen der allgemeinen Lage Frankreichs und Belgiens bestehen viele Analogien, sowohl was die Finanzkrise anbelangt als auch in Bezug auf die parlamentarischen Schwierigkeiten, welche sich der Lösung der schwebenden Probleme entgegenzustellen scheinen. Belgien ist aber zweifellos in die'ere Beziehung auf dem Wege der inneren Sanierung schon weiter voran als Frankreich.

Nachdem die Kammer den Gesetzentwurf votiert hat, welcher dem Könige in gewissem Grade Vollmachten erteilt, hat sie fernerhin den belgisch-holländischen Vertrag ratifiziert und die Uebertragung der Ausbeutung des Eisenbahnnetzes an eine nationale Gesellschaft beschlossen.

Wenn man an die Widerstände denkt, auf die die'ere Projekte vorher in einem mit allen Rücksichten rechnenden Parlament gestoßen sind, so versteht die plötzliche Eintracht und der plötzliche entschlossene Geist entschlossener Handlung nicht einen gewissen großen Eindruck zu hinterlassen. Noch vor sechs Monaten hat ein bekannter Universitätsprofessor den Verzicht des Parlaments auf seine Rechte als eine Unmöglichkeit dargestellt und nun ist mit der Einwilligung dieses Parlaments die Vollmachtenübertragung zur Tatsache geworden.

Man geht soweit, den vollzogenen Akt als eine regelrechte Revolution hinzustellen. Allerdings, wenn die Opposition auch verstimmt ist, so darf man doch nicht schließen, daß die Ermächtigungsgesetze und die Uebertragung der Bahnen von allen Parteien mit der gleichen Begeisterung bewilligt worden sind. Dies spricht aber nur mehr für die Disziplin, der sich ein Teil der Volksvertreter in kritischer Stunde zu beugen verstand. Das Bewußtsein der Gefahr und die Ueberzeugung, daß nur energische Maßnahmen die Wohlfahrt des Landes wiederherstellen könnten, hat alle Kräfte geeinigt.

Die an die Beschlüsse geknüpften Kommentare geben ein Bild von den Widerständen, die zu überwinden waren. Die sozialistische Presse gibt dem Ermächtigungsgesetz die Auslegung, daß dasselbe in Wirklichkeit weiter nichts ist als das Zugeständnis spezieller Vollmachten zur Bekämpfung der Inflation und daß dadurch das Budgetgleichgewicht aufrecht erhalten bleibe und eine Panik verhütet werde. Mit mehr Skeptizismus betrachten die liberalen Organe den Erfolg der votierten Gesetze, die nach ihrer Meinung infolge einiger dem Statismus huldigenden Regierungsmitglieder zur Verschwendung führen könnten.

Von der Regierung wird in der Folge die Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens, das zum Erfolge notwendig ist, abhängen. Die erste königliche Verordnung für die öffentliche Wohlfahrt hat in dieser Hinsicht die beste Wirkung erzielt. Sie umfaßt Maßnahmen gegen Spekulationen, welche den Kredit des Staates schädigen können, regelt die Ein- und Ausfuhr des Brotpreises, und enthält Bestimmungen über die Herstellung und den Verkauf des Mehlens und anderer Nahrungsmittel. Das neue Brotregime ersetzt die freiwilligen Einschränkungen durch gesetzliche Rationierung.

Bereits fliehen freiwillige Gaben der Handels- und Industriewelt und von privater Seite in die Amortisationskasse, die seit 1. Juli in Kraft getreten ist und deren Verzicht durch ein Gesetz vom 17. Juni geregelt wurde. Am 1. Juli erhielt die Amortisationskasse die Uebertragung der Spenden vom Konto der öffentlichen Schuld gutgeschrieben, in Verfolg der Anleihekontraktgesetze. So konnte man bereits mit den der Kasse zugeflossenen Summe, durch Börsenankäufe etwa zwölf Millionen Schulden konsolidieren.

Unabhängig von den freiwilligen Beiträgen bestimmt das Gesetz, dem Amortisationsfonds bis zu 125 Millionen Francs pro Monat zuzuführen aus dem Erlös der neu votierten Steuern und Zagen. Außerdem wurde durch das Schatzamt eine erste Zahlung von 75 Millionen an die belgische Nationalbank für Rechnung des Amortisationsfonds getätigt. Die Bank hatte aber dem Staate einen neuen Voranschlag von 100 Millionen gemacht. Dank dieser Einzahlung wurde die Erhöhung der ohne Deckung ausgegebenen Noten auf 25 Millionen reduziert. Diese 75 Millionen in Noten wurden zerstört.

Das Publikum hatte diese Deflationsmaßnahme, welche den Frankensurz aufhielt, mit Freuden begrüßt.

Der Amortisationsfonds wird gleichfalls die Aktien der neuen Nationalen belgischen Eisenbahngesellschaft platzieren. Die Ausgabe derselben wird jedoch nicht vor zwei bis drei Wochen vorgenommen werden können. Das Gesetz muß nämlich angenommen, gegengezeichnet und veröffentlicht, die Gesellschaft vor einem Notar gegründet, die Kandidaten für die Verwaltungsposten durch die Oberste Handels-, Arbeits- und Ackerbauämter und die Alterskandidaten vorgeschlagen werden.

Unterdessen wird der Ministerrat andere Projekte prüfen betreffs der Kontrolle des Devisenhandels, die Zurückziehung der Erlaubnis für die Nachkolle, die Einführung einer Fremdensteuer. Diese letzte Frage interessiert das Publikum lebhaft, weil es am eigenen Leibe die Folgen der Inflation des Landes durch die Fremden verspürt. Man hat eine Wohnungslage, eine Pauschalsteuer beim Passieren der Zollgrenze und die Erhöhung der Verkaufspreise in den Kaufhäusern vorgeschlagen. Die Wohnungslage existiert jedoch schon in einzelnen Orten, während die Erhebung einer Steuer durch den Zoll die Verstärkung des Grenzpersonals erfordern würde. Was die Einkaufsteuer betrifft, so würde sie gleichfalls eine sehr teure Kontrolle erfordern. Man hat den äufferst einfachen Vorschlag gemacht, die Preise für jeden Käufer, der nicht im Besitze einer belgischen Identitätskarte ist, zu veröffentlichen; diese Maßnahme kann jedoch nicht auf alle Waren ohne Unter-

#### Präsident Coolidge und die Abrüstungsfrage.

Paul Smiths, 3. Aug. Hier wurde erklärt, Präsident Coolidge wünsche, daß alles Mögliche getan werde, um den Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz zu sichern. Amtliche Kreise versichern, daß Coolidges Haltung zugunsten der Beschränkung der Rüstungen unverändert sei. Der Präsident würde irgendeinen Schritt zur Herbeiführung einer anderen Abrüstungskonferenz, die den Erfolg der Genfer Konferenz beeinträchtigen könnte, für bedauerlich ansehen.

#### Attentatsfeste in Ost-Oberschlesien.

Breslau, 3. Aug. Das Rattowitzer Organ Kovantsch, die „Polonia“, veröffentlicht heute eine Statistik über die Bombenattentate, die in den letzten drei Jahren in Ost-Oberschlesien verübt worden sind. Sie kommt dabei auf die stattliche Zahl von 42 Bombenanschlägen. Der größte Teil dieser Attentate war gegen führende deutsche Persönlichkeiten oder gegen deutsche Unternehmungen gerichtet. Die „Polonia“ weist nach, daß fast alle Attentate nach demselben Muster begangen wurden, und folgert daraus, daß irgend eine zentrale Bestehen müsse, die derartige Verbrechen in Szene setzt. Den polnischen Behörden macht das Blatt den berechtigten Vorwurf, daß sie diesen Attentatsfeste bisher niemals die genügende Aufmerksamkeit geschenkt haben.

#### Die englische Bergbill angenommen.

London, 4. August. Das Oberhaus nahm das Gesetz betreffend Reorganisation der Kohlenbergbauindustrie an.